



# Sitzungsvorlage

Nr.: 331/2004  
ausgefertigt am: 19.11.2004  
Fachamt: Amt Finanzen und Kommunalaufsicht  
zu beteiligende Gremien: – Finanzausschuss

## **Berichtswesen zum Haushaltsvollzug; hier: Bewertungsstichtag 30.09.2004**

Ablauforganisation und Aufbaustruktur der Kreisverwaltung dienen dazu, dass der Landkreis Cuxhaven seine Leistungen so effektiv und effizient wie möglich erbringen kann. Die im Rahmen der dynamischen Organisationsentwicklung festgelegten Zuständigkeiten und die hierarchischen Kompetenzen bzw. Verantwortlichkeiten unterliegen einer ständigen Überprüfung hinsichtlich eines optimalen Ressourceneinsatzes. Vor dem Hintergrund einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung wurde daher ab dem Haushaltsjahr 2003, wie schon in anderen Bereichen der Kreisverwaltung üblich, ein qualifiziertes Berichtswesen eingeführt.

Eine Auswertung der von den Ämtern im Haushaltsjahr 2003 vorgelegten Daten hat ergeben, dass für ein Berichtswesen zum Haushaltsvollzug Meldungen zum Ende der Quartale 30.06. und 30.09. eines jeden Haushaltsjahres ausreichend sind. Die Ämter, Regiebetriebe und Einrichtungen wurden daher gebeten, für das Haushaltsjahr 2004 jeweils zum Ende der genannten Quartale dem Amt Finanzen und Kommunalaufsicht einen Bericht über die Ausgabe- und Einnahmeentwicklung der in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Haushaltsstellen bzw. Konten vorzulegen. Um eine genauere Prognose des Rechnungsergebnisses vornehmen zu können wurden die Ämter zudem gebeten, künftig Positionen zu melden, bei denen Über-/Unterschreitungen von der Haushaltsplanung von mehr als 10 v. H., mindestens aber 20.000 € zu erwarten sind. In einigen Ausnahmefällen (UA 29000 – Schülerbeförderung, UA 41200 - Eingliederungshilfe für Behinderte und UA 41900 - Zahlungen Quotales System, UA 45320-45324 Jugendhilfestationen, UA 50000 Gesundheitsamt, UA 50001 Gesundheitsaufsicht) sowie den Wirtschaftsplänen der Regiebetriebe wurden auch Über-/Unterschreitungen von weniger als 10. v. H. berücksichtigt, da es sich dabei aufgrund der hohen Haushaltsansätze um finanziell erhebliche Abweichungen handelt.

Nach den Meldungen der Organisationseinheiten zum Stichtag 30.09.2004 sind bis zum Ende des Haushaltsjahres 2004 die in der Anlage dargestellten relevanten Abweichungen von der Haushaltsplanung zu erwarten. Im Verwaltungshaushalt ergibt sich demnach eine Verschlechterung von 1.283 T€ (5,12 v.H.), der Vermögenshaushalt hingegen verzeichnet eine Verbesserung von 308 T€. Für den Bereich des Verwaltungshaushaltes stellt eine vom Land nicht geleistete Zahlung im quotalen System die größte Position dar. Wäre diese Zahlung wie geplant im Haushaltsjahr 2004 geflossen, hätte sich im Verwaltungshaushalt eine „normale“ Entwicklung abgezeichnet. In der Summe wäre dann keine erhebliche Abweichung vom Haushaltsansatz zu verzeichnen gewesen.

Im Bereich Hilfe zur Pflege, Unterabschnitt 41100, ist bei der Haushaltsplanung 2004 aufgrund der geänderten Gesetzeslage davon ausgegangen worden, dass sich die Fallzahlen um ca. 200 Fälle erhöhen. Hier ist jedoch nicht auszuschließen, dass die geschätzten Fallzahlen nicht erreicht und somit Minderausgaben eintreten werden. Darüber hinaus entstehen im Sozialbereich erhebliche Mehrausgaben. Der Unterabschnitt 48300, Grundsicherung im Alter, ist erst in 2003 eingerichtet worden. Der Haushalt 2004 ist auf der Basis der zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen Erkenntnisse geplant worden. Das Land Niedersachsen hat im vergangenen Jahr die Abschlagzahlungen zu hoch angesetzt, insofern musste eine „Verrechnung“ in diesem Jahr vorgenommen werden. Insgesamt betrachtet werden dem Landkreis die entsprechenden Mittel erstattet.

Im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte, Unterabschnitt 41200, resultieren die Mehrausgaben aus einer Steigerung der Fallzahlen. Beim Quotalen System, Unterabschnitt 41900, wurde bei der Haushaltspla-

nung von einer Quote in Höhe von 56 v. H. ausgegangen, da u. a. auch ein Ausgleich für die vergangenen Abrechnungsperioden in Aussicht gestellt wurde. Dieser Ausgleich wird voraussichtlich aber erst im Haushaltsjahr 2005 erfolgen.

Den Mehrausgaben im Sozialbereich stehen im Bereich der Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes – Leistungen in besonderen Fällen – Mehreinnahmen in Höhe von ca. 833.000 € gegenüber. Dieser Überschuss im Unterabschnitt 42000 ergibt sich aus der Neufassung des Aufnahmegesetzes zum 01.01.2004 und den damit zusammenhängenden höheren Pauschalen für die Erledigung der Aufgaben nach dem Aufnahme- und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Nach der derzeitigen Prognose ergibt sich bei dem Haushaltsansatz für den Bereichen der Jugendhilfestationen, Unterabschnitte 45320 – 45324, Minderausgaben in Höhe von ca. 203.500 €. Diese Änderung ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Einnahmen besonders bei den Jugendhilfestationen in Hemmoor, Bad Bederkesa und Otterndorf zurückzuführen. Bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege ergibt sich ein Mehrbedarf von 385.000 €. Nach wie vor ist mit der erheblichen Erhöhung der Zuschusszahlungen zu den Kindergartengebühren zu rechnen. Gründe liegen zum einen in der Gebührenerhöhung der einzelnen Träger und zum anderen in der hohen Zahl der Anträge durch Sozialhilfeempfänger bzw. Antragstellern mit geringem Einkommen.

Im Unterabschnitt 21800, Schulbereich – Allgemeine Angelegenheiten, ist mit Minderausgaben in Höhe von knapp 414.000 € zu rechnen, da die Zuweisung gem. § 118 NSchG (Erstattung von angefallenen Sachkosten für die an Cuxhavener Schulen beschulten Grundschüler aus dem Landkreis) an die Stadt Cuxhaven geringer als erwartet ausfällt. Im Bereich der Schülerbeförderung werden Mehrausgaben in Höhe von 485.000 € erwartet.

Beim Unterabschnitt 61300, Untere Bauaufsichtsbehörde, ist eine erhebliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erwarten, da durch die Nichtbesetzung von drei Planstellen die Personalausgaben niedriger sind als ursprünglich veranschlagt.

Minderausgaben in Höhe von ca. 366.000 € entstehen auch im Unterabschnitt 72100, Tierkörperbeseitigung, da sich das Land Niedersachsen künftig an den Kosten für die Tierkörperbeseitigung beteiligt. Für den Vermögenshaushalt wurden nur in drei Bereichen stärkere Abweichungen gemeldet. Für die Unterabschnitte 59000 Maßnahmen und Einrichtungen der Naherholung und 79000 Tourismus gibt es keine Veränderungen zum Vorquartalsbericht. Im Bereich der Wirtschaftsförderung (Unterabschnitt 79110) ergibt sich ein um 125.000 € geringerer Zuschussbedarf. Für den Vermögenshaushalt ist daher eine Verbesserung von 308.000 € zu verzeichnen.

Der Interne Servicebetrieb hat im Erfolgsplan Minderaufwendungen von 966 T€ auszuweisen. Diese Entwicklung setzt sich im wesentlichen aus Verringerungen bei den Positionen Personal, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (Nichtbesetzung vakanter Stellen) und Reinigung (Preissenkung der Fremdreinigung) zusammen.

Im Wirtschaftsplan des Regiebetriebes „Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur“ ergeben sich im Erfolgsplan geringfügige Mehraufwendungen und im Vermögensplan Mindereinnahmen in Höhe von 3.145 T€ und Minderausgaben von 2.700 T€.

Die Abweichungen im Vermögensplan des Regiebetriebes „Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur“ betreffen verschiedene Investitionen im Straßenbaubereich sowie im Bereich des Grunderwerbs. Sie sind dadurch bedingt, dass einzelne Baumaßnahmen wegen fehlender GVFG-Fördermittel auf spätere Haushaltsjahre verschoben wurden. Dadurch können nicht alle geplanten Investitionsausgaben geleistet werden. Dies hat auch zur Folge, dass nicht im geplanten Umfang Grunderwerb getätigt werden muss. Zudem werden zwei Baumaßnahmen an Kreisstraßen, die vollständig von der Gemeinde Schiffdorf finanziert werden, nicht kassenwirksam, da die Abwicklung der Maßnahmen direkt über die Gemeinde erfolgt. Die Einstellung dieser Baumaßnahmen in den Wirtschaftsplan war jedoch erforderlich, um GVFG-Fördermittel einwerben zu können. Die Minderausgaben im Vermögensplan ziehen entsprechende Mindereinnahmen bei den Zuweisungen und bei der Kreditaufnahme nach sich. Die Mehrausgaben bei der Kontengruppe 3.1 – Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens – resultieren daraus, dass verschiedene Fahrzeuge für die Kreisstraßenmeistereien, die bereits im Jahre 2003 bestellt wurden, erst in 2004 geliefert wurden. Für die Mehrausgaben wurden entsprechende Rücklagen in 2003 gebildet.

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht zum Haushaltsvollzug für das Haushaltsjahr 2004 – Bewertungstichtag 30.09.2004 – wird zur Kenntnis genommen.

Bielefeld